1. **Sinn und Un-Sinn**
   Heiner Flassbeck beschäftigt sich auf angemessene Weise mit der Behauptung von Sinn und Wiegard, dass mehr Sparen, also weniger Konsum, automatisch höhere Investitionen und mehr Wachstum bedeute.
   Quelle: FR-online
2. **„Europa ist mit der schlimmsten politischen und ökonomischen Krise seit der Gründung der Europäischen Union konfrontiert“** Derek Scott (1997 bis 2003 volkswirtschaftlicher Berater des britischen Premierministers Tony Blair): „Ist eine Abwertung der eigenen Währung nicht möglich, wie innerhalb des Euro-Raums der Fall, kann ein Land seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit nur erhöhen, wenn es eine geringere Inflationsrate aufweist und die Arbeitskosten senkt. … dazu müssen die Preise und Löhne allerdings in beträchtlichem Maße und oft für eine längere Zeit unter das Niveau der Wettbewerber fallen. Das Land gerät auf diese Weise immer tiefer in die Rezession – und die Staatsdefizite wachsen trotz aller Bemühungen. … Die vergleichsweise geringere Inflation in Deutschland hat die Realzinsen steigen lassen und damit Investitionen verteuert.“
   Quelle: DIE WELT

   Kommentar: Derek Scott glaubt an die Notwendigkeit der Strukturreformen und schlägt falsche Lösungen vor. Die fatalen Folgen der deutschen Lohnsenkungspolitik für die europäischen Nachbarn wie für das deutsche Haushaltsdefizit hat er im Gegensatz zu Deutschlands Mainstream-Ökonomen allerdings verstanden.

3. **Hinten kommt nicht viel raus Das Investitionsprogramm der großen Koalition bringt pro Jahr netto vier Milliarden Euro – 40 wären nötig**
   Quelle: FR-online
4. **Folgen von Studiengebühren: „Dreißig und Pleite“**
   Einer Umfrage zu Folge halten die hohen Gebühren 48 Prozent der qualifizierten High-School-Absolventen davon ab, ein Studium zu beginnen. 14 Prozent der jungen Akademiker gaben an, ihre Heiratspläne auf Grund der Schulden auf Eis gelegt zu haben. In Deutschland hat die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau, die sich mit eigenen Darlehens-Modellen an der Studienfinanzierung beteiligen möchte, errechnet, dass deutsche Studenten, die sich Geld leihen müssen, maximal 30 000 Euro Schulden haben könnten – mehr als der Durchschnittstudent in den USA.
   Quelle: Focus online
5. **Schon wieder eine Lex Berlusconi Italiens Parlament beschließt kurz vor anstehenden Neuwahlen eine Justizreform, die dem Premierminister nützt.**
   Quelle: die tageszeitung

6. **Thema: Ingenieurmangel als Wachstumshindernis Laut VDI konnten die deutschen Unternehmen rund 15.000 offene Stellen nicht besetzen.** „Der Fachkräftemangel ist derzeit das Investitionshemmnis Nummer 1 in Deutschland“ behauptet Dr. Willi Fuchs, Direktor des Vereins Deutscher Ingenieure.
   Quelle: VDI

   50 + Ingenieur = arbeitslos Unternehmer klagen über Ingenieurmangel. Dabei suchen 60.000 Ingenieure Arbeit. Fast die Hälfte von ihnen ist älter als 50 Jahre.
   Quelle: DIE ZEIT

7. **In Hamburg sollen die Ein-Euro-Jobs mit einem »Kombilohnmodell« verbunden werden**
   Das Hamburger Kombilohnmodell ist nichts anderes als eine Verlängerung staatlich subventionierter Billigstarbeit. Ganz ungeniert werden arbeitsmarktpolitische Instrumente nun auf den ersten Arbeitsmarkt übertragen, womit auch lästige Kriterien des Sozialgesetzbuches wegfallen, wie etwa die der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses, die besser bezahlte und reguläre Arbeit bisher schützen sollten. Auch für den Staat ist das (wenn auch nur kurzfristig) ein lohnendes Geschäft, denn die Grundsicherung fällt bis zu 24 Monate weg.
   Quelle: jungeWelt
8. **“Schulischer Misserfolg kostet 3,7 Milliarden”**
   In einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln wird vor allem beklagt, dass es in Deutschland kein systematisches Fördersystem gebe. Zu viel fließe in nachträgliche Maßnahmen, um “Schulversagern” doch noch eine Chance zu geben. Zitat: „Am Beispiel der arbeitsmarktpolitischen Förderung von Jugendlichen mit kaum auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Schulabschlüssen offenbart sich zudem ein vom Föderalismus legitimierter Verschiebebahnhof: Die Länder reichen die Folgen der mangelhaften Bildungsqualität teilweise an den Bund und die BA weiter.“
   Quelle: BerlinOnline
   Studie: *Nicht mehr erreichbar (24.08.2006)*

   Kommentar: Eine Besserung dieser Verhältnisse ist nicht zu erwarten, weil das Geschacher der Koalitionsverhandlungen schließlich zu noch mehr Kleinstaaterei im Bildungswesen geführt hat.

9. **Rechtsvorschriften zur “Riester-Rente” verstoßen gegen EG-Vertrag**
   Die Europäische Kommission hat Deutschland förmlich ersucht, seine Rechtsvorschriften bezüglich der „Riester-Rente“ zu ändern. Einige gesetzliche Aspekte der privaten Altersvorsorge verstoßen nach Auffassung der Kommission

gegen den EG-Vertrag. Dieser verbietet Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit, gewährt Unionsbürgern Freizügigkeit und legt fest, dass ein Arbeitnehmer, der Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats ist und in einem anderen Mitgliedstaat arbeitet, die gleichen sozialen und steuerlichen Vergünstigungen erhalten muss wie die inländischen Arbeitnehmer.
Quelle: Europa Online

10. **Das Pentagon arbeitet an einer „militärischen Entscheidung“ gegen den Iran Übersetzung eines Artikels aus „Le Monde“ durch einen unserer Leser. Vielen Dank.**
Quelle: [PDF – 89 KB]